

SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Esslingen
c/o Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

PRESSEMITTEILUNG

Esslingen, den 09.08.2022

Mehr Chancen für Geflüchtete: Mehr Sprachkurse, mehr Perspektiven notwendig

SPD im Kreis Esslingen veranstaltet fünftes Ehrenamtsforum zur aktuellen Situation Geflüchteter im Landkreis

Auf Einladung der SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Esslingen trafen sich Ehrenamtliche aus dem ganzen Landkreis zum nunmehr fünften Ehrenamtsforum zur Flüchtlingshilfe in Frickenhausen. Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Michael Medla freute sich, dass erneut viele Ehrenamtsarbeitskreise vertreten waren, um so direkt mit Vertreter*innen der SPD über die aktuelle Situation in Austausch zu kommen. Um die aktuellen Entwicklungen durch den Ukraine-Krieg, sowie die rechtlichen Entwicklungen für bereits in Deutschland lebende Geflüchtete durch den Bund in den Blick zu nehmen, war der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Nils Schmid MdB, zu Gast.

Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete dankte zu Beginn den anwesenden Ehrenamtlichen für ihren nunmehr jahrelangen Einsatz, der unter dem Krieg Putins gegen die Ukraine noch einmal eine weitere Verschärfung erhalten habe. Positiv hob er hervor, dass in der Ampel im Vergleich zur vorherigen Regierungszeit nunmehr ein gemeinsamer Kurs für ein Einwanderungsland möglich wird. Das neue Fachkräftezuwanderungsgesetz habe im Zuge von Covid-19 hierbei noch zu wenig Resonanz erzielt und soll weiter intensiviert werden. "Wir spüren den wachsenden Fachkräftemangel immer stärker. Umso unverständlicher ist es, weitere Hürden in den Weg zu stellen, wenn jemand arbeiten möchte.", betont Nils Schmid MdB den klaren Willen der Koalition, Zugewanderten wie Geflüchteten eine stärkere Perspektive zu gewähren.

Von ehrenamtlicher Seite wurden allen voran die Herausforderungen ausreichend Sprachkurse, sowie ausreichend Betreuungsmöglichkeiten und Dolmetscherangebote bei Behörden und Arztgängen anzubieten, hervorgehoben. Überall fehle es an Personal. Ein Kraftakt, der 2015 notwendig war, sei auch jetzt notwendig, um den überwiegend Frauen mit Kindern eine Perspektive zu bieten. Die Vertreter*innen der SPD-Kreistagsfraktion sicherten zu, nachzufragen, inwieweit der Landkreis sein bestehendes Engagement weiter intensivieren kann.

Daneben sei durch die zusätzlichen Geflüchteten aus der Ukraine eine zusätzliche Verschärfung des Wohnungsmarktes eingetreten. Dieser erschwere gerade auch für länger Geflüchtete eine weitere Integration durch geeigneten Wohnraum. Weiterhin warben die Ehrenamtlichen für pragmatischere und bürokratieärmere Lösungen: Die Bearbeitungsdauer für die Fiktionsbescheinigungen dauerten ebenso zu lange wie die regelmäßigen

Verlängerungen der Ausweise. Auch bei einer kurzfristigen Überbrückung von Auslagen am Wochenende komme es zu sehr auf die einzelne Kommune an.

Ein zentrales Ärgernis der regelmäßigen Behördengänge liegt in den kurzen Fristen und dem eingeschränkten Rechtsstatus für Geflüchtete, insbesondere Geduldete: Die Probleme reichen von der fehlenden Möglichkeit auch selbstständig arbeiten zu dürfen, ohne Einschränkungen befürchten zu müssen über eine verkürzte Ausbildungsduldung bei einer verkürzten Ausbildung wegen besonderer Leistungen bis hin zur generellen zu kurzen Duldungsbefristung. Letztere führe regelmäßig zu langen Kettenduldungen mit der unerwünschten Folge, dass wegen der nur dreimonatigen Gültigkeit des Ausweises und der langen Bearbeitungsdauer, ein Arbeitshindernis eintrete, obwohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gerne die Beschäftigung fortsetzen wollen. Während Corona war eine längere Regelung möglich, sodass die Ehrenamtlichen eine Verlängerung der Fristen - auch zur Entlastung der Behörden fordern. Dr. Nils Schmid versprach, dies in Berlin einzubringen. Letztlich erzeuge die enge Frist auf Seiten der Behörden, der Betroffenen wie der begleitenden Ehrenamtlichen mehr für Frust als für einen Nutzen.

Zugleich warb Nils Schmid für das in diesem Zusammenhang stehende neue Vorhaben eines Chancenaufenthaltsrechts.

Neben dem Einwanderungsgesetz sollen auch bereits in Deutschland lebende Geflüchtete zukünftig eine bessere Perspektive erhalten. Diese seit Jahrzehnten bestehende Lücke sorgte für viele notwendig werdende Härtefallanträge im Landtag. Nun möchte die Koalition ein Chancenaufenthaltsrecht schaffen. Dadurch soll Geduldete, die sich weder etwas zu Schulden kommen lassen haben, noch auf anderem Wege eine Perspektive erhalten können, für ein Jahr einen allgemeinen Aufenthaltsrechtsstatus erhalten, um sich so besser integrieren zu können. Ein Familiennachzug soll davon allerdings nicht erfasst sein. Der Gesetzgebungsentwurf liegt bereits vor und soll nach der Sommerpause im Bundestag, sowie anschließend im Bundesrat verhandelt werden. "Es gibt aber keinerlei Automatismus, dass der jetzt vorliegende Entwurf eine politische Mehrheit in beiden Häusern erhält.", warb Dr. Schmid für eine Unterstützung aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft für die neuen Regelungen. Wichtig sei es daher, sich örtlich zusammenzuschließen und für Geflüchtete eine Lobby zu bilden.

Zum Abschluss dankte Kreistagsfraktionsvorsitzender Michael Medla den Anwesenden für den regen Austausch, sowie die seit vielen Jahren geleistete Arbeit.

Bild: Michael Medla (Fraktionsvorsitzender), Sonja Spohn, Carla Bregenzer und Dr. Nils Schmid MdB

Ansprechperson

Michael Medla, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Esslingen,
info@michaelmedla.de, 01789232552